



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 12. März 1885.

Nr. 119.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Nach neueren Telegrammen, deren Reproduktion wegen der Unwahrscheinlichkeit ihres Inhalts unterblieben ist, soz. via Madeira die Nachricht nach England gelangt sein, daß Deutsche bei Victoria auf englischem Gebiete die englische Flagge eigenmächtig niedergeholt hätten. Hier liegen keine Meldungen der Art vor, und in den amtlichen Kreisen glaubt man nicht, daß ein derartiges Vorgehen im Widerspruch mit dem völkerrechtlichen Herkommen gerade im gegenwärtigen Augenblicke möglich sein könnte. So viel hier bekannt, befindet sich Kontradmiraal Knorr mit seinen Schiffen noch in jenen Gewässern. Derselbe ist als ein erfahrener und besonnener Offizier bekannt, und es ist nicht denkbar, daß von seiner Seite die der fremden Flagge schuldige Achtung nicht beobachtet worden wäre. Dabei sind die ihm zur Verfügung stehenden Streitkräfte stark genug, um etwaige rechtswidrige Privathandlungen deutscher Eingeseffener zu hindern.

Die Entstehung der Nachrichten, welche in England ein berechtigtes Aufsehen erregen, ist bisher nicht aufgeklärt. In amtlichen Kreisen wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um Vorgänge handeln könne, welche nicht von Deutschen herrühren, und auch nicht auf englischem Gebiete, sondern auf den angeblichen Akquisitionen Rogozinski's stattgefunden haben. Die dortigen Unternehmungen des Letzteren haben nach Allem, was wir darüber aus polnischen Zeitungen wissen, keinen anderen Zweck als den, der antideutschen Tendenz Rogozinski's Ausdruck zu geben und, wo möglich, Unfrieden zwischen Deutschen und Engländern anzuspitzen. In der Richtung dieser Tendenz könnte es ja auch liegen, wenn man das Auf- und Niederziehen einer englischen Flagge ad hoc unter geeigneter Inszenierung herbeiführt, um demnächst Entrüpfungstelegramme nach England zu werfen und dort gegen Deutschland zu hegen.

Wir bemerken dabei, daß die Erwerbungen, welche Rogozinski angeblich im Namen der englischen Regierung gemacht hat, von letzterer bisher nicht übernommen sind und voraussichtlich auch nicht übernommen werden sollen, weil sie von Rogozinski ausschließlich in antideutscher Berechnung behufs Aneignung des dortigen deutschen Territoriums acquirirt worden sind. Hoffentlich werden in kurzem Nachrichten eingeheben, welche Klarheit an Stelle der Konjekturen geben, auf die wir bisher beschränkt sind.

Feuilleton.

Allerlei.

Wer es in Berlin geschieht anzufangen versteht, der kann — so schreibt der „N. Z.“ ein aufmerksamer Beobachter des Straßenlebens — wohl eine Zeit lang sich recht und schlecht durchschlagen, auch wenn es ihm an allen Mitteln fehlt. Das Programm, welches dieser lebenswürdige Mitarbeiter entwirft, ist allerdings kein sehr anmutendes, aber es läßt sich der Kuriosität wegen doch hören.

Für ein Dach über dem Kopfe, so meint er, sorgt nicht allein die Polizeiwache, sondern auch das Asyl für Obdachlose. Ist's in einem Hotel ersten Ranges auch wohl etwas komfortabler, so muß in der Noth die Britische und der Strohsack immer noch begehrenswerther sein als das Quartier bei Mutter Grün. Für den Morgenambiss sorgt das Asyl, für das Mittagbrod aber die Volkstüche, die für 10 Pfg. eine Portion Essen giebt, mit der man im Nothfalle einen ganzen Tag auskommen kann. Für das Aufstehen des Neupeters sind der Gelegenheiten gar viele. Vor dem Hause Stralauerstraße 58 braucht man nur mehrere Male auf- und abzugehen, um dann — je weniger vertrauenswürdig das Aushere ist, desto eher erfolgt die Einladung — einzutreten. Und drinnen geht's sofort an den Kopf. Denn hier ist die Friseurfachschule der Berliner Barbier und hier freut man sich stets, wenn man bereitwillige „Modelle“ für die Studien findet, welche die angehenden Haarkünstler zu machen haben.

Berlin, 11. März. Die Afrikanische Gesellschaft in Deutschland hat eine Kommission eingesetzt, welche soeben für die weitere Aktion ein Programm von 11 Punkten aufgestellt hat. Die „Weser-Ztg.“ theilt dasselbe im Auszuge mit:

1) Es erscheint größere Konzentration der deutschen Afrikaforschung geboten.

2) Nach der durch die bisherigen deutschen und andere Forschungsreisenden erlangten Kenntniss des äquatorialen Afr.ka erscheinen die Kongoländer, insbesondere das südliche Kongogebiet, als geeignet, um der intensiveren Forschung und Erschließung für deutsche Kultivation unterzogen zu werden.

3) Bei der Organisirung der zu diesem Zwecke zu unternehmenden Expeditionen ist die bloße Rekonozirung von der eigentlichen Erschließung der Gebiete und der Anlage von Stationen auseinander zu halten. Erstere trägt nur einen vorbereitenden Charakter und kann von einzelnen oder wenigen Reisenden ausgeführt werden; letztere hat den Zweck der definitiven Festsetzung zur Durchführung deutscher Kultivation und bedarf des Einflusses gro er personeller Kräfte und materieller Mittel; der möglichst baldige Anschluß kaufmännischer Unternehmungen, sowie die Mitwirkung deutscher Missionäre zur Anbahnung von christlicher Kultur und Sessituz unter den Eingeborenen ist zu begünstigen.

4) In dem ins Auge gefaßten Gebiete ist eine Länge zwischen der bereits von Pogge errichteten Station Mufenge und dem Kassai, resp. dieser letztere Fluß als Operationsbasis zu nehmen und von dort nach dem Kongo vorzudringen. Ueberall, wo die topographischen, sowie die agrikulturnellen und die sonstigen Verhältnisse der Bevölkerung es angezeigt erscheinen lassen, sind deutsche Kulturstationen anzulegen, und zwar möglichst in der Nähe schiffbarer Ströme.

5) Der Kassai und sonstige Nebenflüsse sind hinsichtlich ihrer Geeignetheit für Dampferverkehr genau zu sondiren.

6) Es ist durch Rekonozirung so schnell wie möglich ein guter und ein nicht zu weiter Weg von der am geeignetsten gelegenen Station nach der Kongomündung ausfindig zu machen, auf welchem zerlegbare Dampfer nach dem Duango, Kassai oder einem schiffbaren Nebenfluß dieser Ströme geschickt werden können.

7) Es ist das Gebiet zwischen dem Benue und Kongo zu rekonoziren.

8) Um vorstehende Ziele zu erreichen, sind ohne Verzug zwei Expeditionen auszusenden, und zwar eine von der Angolaküste mit der Aufgabe,

die sub 4) erwähnte Operationsbasis und demnächst den Kongo zu erreichen, das zwischenliegende Gebiet zu exploriren, Stationen anzulegen und einen Weg nach der Kongomündung zu entdecken; die zweite unter Flegel vom Benue aus mit der Richtung auf den Mittellauf des Kongo als Rekonozirungs-Expedition. Erstere hat aus 8 bis 10 Europäern und 300—400 Eingeborenen, ausschließlich der sich etwa auf eigene Rechnung anschließenden Kaufleute und Missionäre zu bestehen; auf auskömmliche und gute Bewaffnung der Karawanen ist besondere Rücksicht zu nehmen. Die übrigen noch in Afrika befindlichen Expeditionen (Dr. Böhm und Dr. Steder) sind zurückzuberufen.

9) Es ist die Reichsregierung zu bitten, dahin zu wirken, daß die schiffbaren Wasserstraßen des Kongo- und des Nigergebiete's neutral bleiben. (Anm. d. Red.: Wir denken, das ist durch die afrikanische Konferenz in Berlin jüngst schon geschehen.)

10) Die Kosten der auf bis 3 Jahre zu veranschlagenden Benue-Kongo-Expedition werden voravschätlich nicht über 60,000 Mk. betragen. Die Kosten der Ausrüstung der südlichen Kongo-Expedition für etwa 3 Jahre sind auf 150,000 Mark zu veranschlagen; hierzu treten für ständige Unterhaltung durch Nachschub und Nachführung von Dampfern vom Jahre 1885 an jährlich 60—70,000 Mk.

11) Der Vorstand der afrikanischen Gesellschaft in Deutschland ist mit der Ausführung dieses Programms zu beauftragen und erhält freie Hand, innerhalb des vorstehend gegebenen Rahmens Alles zu thun, was ihm zur Erreichung des Zieles notwendig erscheint.

Dies Programm, welches im Grunde genommen ein Zusammenfassen der Kräfte bedeutet, ist gewiß recht beachtenswerth; wozu die Sache aber an die große Glocke gehängt wird, ist nicht recht ersichtlich. Schweißen und Handeln ist wohl empfehlenswerther.

Die Arbeiterschuttkommission des Reichstages hat gestern Abend und heute Morgen ihre Beratung über die Frage der von der obligatorischen Sonntagsruhe zulässigen Ausnahmen fortgesetzt. Die Debatte, welche vielfach wieder auf die allgemeinen Gesichtspunkte zurückkam, bot das Interessante, daß selbst ein Mitglied des Zentrums in Bezug auf den Hochofenbetrieb die Undurchführbarkeit der Vorschläge seiner Fraktionsgenossen anerkennen mußte. Alle von dem Regierungsvertreter Geh. Rath Lohmann, sowie von den Mitgliedern der liberalen Fraktionen vorge-

haben kann, wenn man nur versteht, sich ihnen in den Weg zu stellen.

Einem amtlichen Berichte über die Grubenkatastrophe am gräßlich Parisch'schen Sohannschachte vom 8. d. M. entnehmen wir Folgendes:

Der Steinkohlenbergbau des Grafen Heinrich Parisch ist in zwei abge sonderte Reviere getheilt, in das östliche und westliche, von welchen jedes einen eigenen Betriebsleiter hat. Die Explosion erfolgte im östlichen Reviere, dessen Betriebsleitung dem Ober-Ingenieur René Grey anvertraut ist. In diesem Reviere befinden sich zwei Fördereschächte, Johann und Karl, ferner die Luftschächte Henriette- und Karl-Wetterschacht, bei welchem letzterem ein Gußal-Ventilator mit 9 Metern Durchmesser und 3 Metern Flügelbreite angebracht ist, welche die Ventilation herstellen. Gegenwärtig sind in diesem Reviere drei Horizonte im Betriebe, und zwar der dritte Horizont in einer Tiefe von 113 Metern mit dem sogenannten siebent n und achten Flöz, dann der um 45 Meter tiefer gelegene vierte Horizont, ebenfalls mit dem siebenten und achten Flöz, welche hier durch eine Sprungluft verworfen sind, endlich der fünfte Horizont, der um 90 Meter tiefer liegt als der vierte. Die Explosion erfolgte am vierten Horizonte, und zwar im achten Flöz, welches hier eine Mächtigkeit von 1.2 Metern hat, und es scheint nach mehrfachen Vermuthungen das streng verbotene Abfeuern eines Sprengschusses Anlaß zu der Explosion gegeben zu haben. Zur Zeit des Unglücksfalles war das östliche Revier mit rund 600 Mann belegt, von denen sich nach den Aufzeichnungen in dem bei dem todtten Oberbauer gefun-

brachten gewichtigen Bedenken vermochten indessen nicht, die Mehrheit zurückzuhalten. Nach dem Antrag Lieber und Genossen setzt der Bundesrath die Ausnahmen fest. Die betreffenden Bestimmungen sind dem nächstfolgenden Reichstag vorzulegen und außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt. Diese sogenannte Reichstagsklausel wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Im Uebrigen wurden außer den Zentrumsvorschlügen einige konservative Amendements angenommen. Die Gesamtheit der Beschlüsse gestaltete sich wie folgt: „Für diejenigen Gewerbe-Unternehmungen, bei welchen nach der Natur des Gewerbetriebs regelmäßig Nacharbeit stattfindet, gilt das Verbot (der Sonntagsarbeit) nur für die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, doch muß einschließlic dieser Sonntagsruhe jedem Arbeiter am Schluß der Woche eine Ruhezeit von 24 Stunden gewährt werden. Arbeiten zur Ausführung von Reparaturen, durch welche der regelmäßige Fortgang des Betriebes bedingt ist, sowie Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehenden Bestimmungen nicht. In diesen Fällen muß für jeden Arbeiter an jedem zweiten Sonntage mindestens die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends frei bleiben. Welche Arbeiten nach der Natur des Gewerbetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fest für alle Anlagen jeder bestimmten Art der Bundesrath fest. Diese Festsetzung kann bei veränderten Verhältnissen jedoch immer nur für alle Anlagen der betroffenen Art abgeändert oder aufgehoben werden. Für bestimmte Gewerbe dürfen weitere Ausnahmen durch Beschluß des Bundesraths zugelassen werden.“

In Frankreich vollzieht sich die Beratung des Budgets für 1885 unter besonders schwierigen Verhältnissen. Als im Dezember v. J. in der Deputirtenkammer darüber gestritten wurde, ob in Ermangelung eines durchberathenen Budgets provisorische Zwölftel für jeden einzelnen Monat oder eine bestimmte Pauschalsumme für das erste Quartal d. J. bewilligt werden sollte, war man allgemein überzeugt, daß diesem Provisorium bald ein Ende gemacht werden würde. Inzwischen ist aber keinerlei Einigung zwischen den beiden parlamentarischen Körperschaften erzielt worden, so daß bereits die Intervention der Regierung nothwendig geworden ist. Der Konseilpräsident hat jedoch allem Anscheine nach einen modus vivendi gefunden, der, falls er durchdringen sollte, die Autorität der Deputirtenkammer sowohl wie auch diejenige des Senates wahren

denen Notizbuche 123 Mann am vierten Horizonte befanden, von welchen 18 sich retteten, die übrigen 105 aber verunglückten. Die Verunglückten hinterlassen 43 Wittwen und 79 Waisen. Bemerkenswerth ist der niedrige Barometerstand, der zur Zeit der Katastrophe herrschte; derselbe betrug nur 730 Millimeter, was die Ausbreitung der explosiblen Gase begünstigte. Im dritten Horizonte, welcher eine besondere Ventilation hat, wurde die Katastrophe gar nicht bemerkt, weshalb die Arbeiten bis zum Schluß der Schicht fortgesetzt wurden. Im fünften Horizonte wurde eine starke Detonation wahrgenommen, und wurden hierauf sämtliche Arbeiter durch das Aufschließen der Luftschächte zur Ausfahrt veranlaßt. Der vom Ackerbauministerium abgesendete Ministerial-Kommissär hat den vierten Horizont befahren und alle nur irgend zugänglichen Punkte besucht; bei dem mit aller Energie fortgesetzten Bewältigungsarbeiten werden 54 Mann beschäftigt. Die Bewältigungen in den einzelnen Strecken sind sehr bedeutend. Schon eine halbe Stunde nach der Explosion konnte der Johann-Schach nebst den zunächst liegenden Strecken befahren werden, worauf auch sofort mit dem Herauschaffen der Leichen begonnen wurde. Bis heute Vormittag waren 69 Leichen geborgen. Die Bergung der übrigen Leichen wird noch mehrere Tage beanspruchen, weil man gegenwärtig zu den Verunglückten wegen Streckenverbruchs nicht gelangen kann. Mit Rücksicht auf die vorhandenen Umstände ist mit voller Sicherheit anzunehmen, daß keiner der noch nicht aufgefundenen Arbeiter sich mehr am Leben befindet.

würde. Hiernach würde die Deputirtenkammer zwar ihre Beschlüsse hinsichtlich der Streichung gewisser Kredite des Kultussetats durchgeführt haben, dagegen würde das Budgetrecht des Senates, „im Prinzip“ gewahrt bleiben, so daß die Deputirtenkammer sich nicht später auf einen Präzedenzfall berufen könnte. Aus Paris, 10. März, wird hierüber gemeldet:

Die Deputirtenkammer hat, wie vorausgesehen wurde, heute und zwar in einigen Fällen trotz der Intervention des Kultusministers beinahe sämtliche vom Senate beschlossene Wiederherstellungen von Krediten verworfen. Trotzdem soll die Majorität des Senates geneigt sein, auf ihre Beschlüsse zu verzichten und diejenigen der Deputirtenkammer zu genehmigen, falls der Konseilpräsident im Senate die gestern in der Deputirtenkammer erteilten Erklärungen in Bezug auf das Budgetrecht des Senates wiederholt. Letzterer würde dann unter friedlicher Wahrung seines Reizes nachgeben, um einen Konflikt zu vermeiden und das Budget perfekt zu machen. Die Erledigung der Budgetangelegenheit ist um so dringender, als das Wahlgesetz unbedingt vor den Osterferien zu Stande kommen muß, da der versaffungsmäßige Termin für die Berufung der Wähler zur Ersetzung derjenigen Deputirten, welche zu Senatoren ernannt worden sind, herannahet. Am vierten April müßten sieben, am elften April vierzehn und am achtzehnten April fünf Wahlen ausgeschrieben werden. Die Debatten über das neue Wahlgesetz werden voraussichtlich Wochen beanspruchen, die Erledigung des Budgets ist daher äußerst dringend.

Gestern Nachmittag fand in London, laut telegraphischer Meldung, eine anberstehende Konferenz zwischen Lord Granville, Hartington und Northbrook statt. Dem Vernehmen nach soll es sich dabei um die afghanische Grenze betreffende Fragen gehandelt haben. Diese Konferenz zwischen dem Minister des Auswärtigen, dem Kriegs- und Marineminister nimmt sich allerdings wie ein Kriegsrath aus, dürfte aber kaum über die Bedeutung einer auf Rußland berechneten Demonstration hinausgehen, denn keine Beratung der drei Minister kann für den jetzigen in Frage kommenden Augenblick an der thatsächlichen Beschaffenheit der englischen Wehrverhältnisse etwas ändern. Man braucht sich also auch über die telegraphisch gemeldete heutige Auslassung der „Times“ nicht zu ängstigen, welche glaubt, daß ein Zusammenstoß mit den Afghanen an der afghanischen Grenze, da die Russen neuerdings in der Richtung von Herat weiter vorgegangen seien, nicht unwahrscheinlich sei; die Afghanen seien unter Rath und Beistand der Vertreter Englands auch vorbereitet, einer Invasion Widerstand zu leisten; Lumsden sei angewiesen, unter Umständen die Vertheidigung Afghanistans zu organisieren. Der Emir von Afghanistan habe den Befehl der Engländer zur Verstärkung der Befestigungen von Herat gegen einen möglichen Angriff förmlich nachgesucht. Auch „Daily News“ bezeichnete gestern in einer anscheinend offiziös inspirierten Notiz die Entwicklung der afghanischen Angelegenheit als eine kritische.

Aus Washington kommen sehr betrübende Nachrichten über den Zustand von General Grant. Sein Befinden hat sich nicht gebessert, und er glaubt, daß der Tod ihn in einem Monat ereilen dürfte. Er hofft so lange zu leben, um die Memoiren seiner Feldzüge zu beenden, an denen er stets arbeitet, wenn seine Krankheit ihm dies gestattet. Das beunruhigendste Symptom seiner Krankheit ist die Unfähigkeit, Nahrung zu behalten, da sein Magen fast Alles verweigert. Sein Körper sieht hinweg und er ist nahezu zahlos. Mehrere Zähne wurden gezogen, um die intensiven, durch den Krebs erzeugten neuralgischen Schmerzen zu lindern, die sich bis zu den Ohren und überhaupt über den ganzen Kopf ausdehnen. Er kann nur flüssige Nahrung zu sich nehmen und hat keinen Appetit. Seine Ärzte sagen, es sei nichts vorhanden, um irgend eine dauernde Besserung zu erwarten. Die Hauptgefahr ist der Verlust an Kräften, der eine Folge der Schwierigkeit ist, Nahrungsmittel zu verdauen. Es ist gefährlich, ihm irgend etwas des Morgens zu geben, wenn er gewöhnlich große Pein leidet, die durch die Anstrengung des Erbrechens noch erhöht wird. Seine Leiden widerstehen selbst der Macht von Cocaine, welches stetig angewendet wird. Später, wenn dies hinreichenden Einfluß über ihn erlangt hat, ist die Gefahr beim Erbrechen geringer, und alsdann wird ihm bis auf äußerste konzentrierte Nahrung in kleinen Quantitäten verabfolgt. In den letzten Tagen hat seine Krankheit reisende Fortschritte gemacht; die vom Krebs angegriffenen Theile sind für das Messer nicht zugänglich; und es ist kaum irgend eine Hoffnung vorhanden, sein Leben über einige Wochen hinaus zu erhalten.

Musland.

Paris, 8. März. Heute hielt die sozialistisch-revolutionäre Partei eine Versammlung ab, um über ihre Haltung bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen in Frankreich zu beraten. Ein Vorschlag, in allen Vierteln Gruppen zu bilden und von den Eintretenden 1 Franc und dann von jedem Mitgliede 15 Centimes für den Monat zu erheben, wurde angenommen. Ein Redner, Martellet, erwähnt, daß die französischen Sozialisten ihren deutschen Genossen bei den letzten Reichstagswahlen Gelder gesandt, und er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Deutschen die Franzosen bei den nächsten Wahlen ebenfalls unterstützen werden. Es wurde eine Tagesordnung

angenommen, welche die Regierung wegen der Ausweisung der Deutschen tadelte, alle revolutionären Gruppen ohne Unterschied einludete, sich, wie es auch die deutschen Sozialisten gethan, vorzubereiten, um bei den nächsten Wahlen gegen die Radikalen und Bourgeois zu kämpfen.

Paris, 9. März. Die „Republique française“ konstatirt in ihrem heutigen Leitartikel, daß Herr Gladstone zwar in seinen jüngsten Auseinandersetzungen vor dem Unterhause sich wohl gehütet hat, ein gespanntes Verhältniß zwischen Rußland und England zuzugeben. Dennoch, meint das ministerielle Blatt, berechtige die Lage an den Grenzen Afghanistans zu ernstlichen Besorgnissen und aller offizielle Optimismus des „Foreign Office“ vermöge die öffentliche Meinung nicht über die Eventualitäten der nächsten Zukunft zu beruhigen. So weit seien die Dinge schon gediehen, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Rußland und England von der Laune eines Hauptmanns oder sogar eines Unteroffiziers der Vorhut des russischen Heeres abhängt. Zum Schlusse heißt es dann:

Herr Lessar, der russische Delegirte in London, versichert, daß nichts den Absichten seiner Regierung ferner liegt, als die Herbeiführung eines Bruches. Herr Gladstone und Lord Granville ihrerseits versichern, die liberale Partei, welche noch am Ruder steht, habe keineswegs auf die wohlwollendsten Absichten gegen Rußland verzichtet. Die europäische Diplomatie verzeichnet mit Genugthuung diese Beteuerungen guten Willens und läßt sich leicht überzeugen, daß der Friede durch das Vorgehen zweier mit so guten Absichten erfüllter Regierungen unmöglich gefährdet werden kann. Dessen ungeachtet würde das Publikum eine allzu große Naivität an den Tag legen, indem es sich so ohne Weiteres durch die freundliche Stimmung der Kabinette beruhigen ließe. Eine doppelte Nemesis ist den Eroberern Zentralasiens und Hindostans an den Fersen, und es wäre nicht unmöglich, daß das Zusammentreffen der zwei Vorhuten in Pul-i-Khatun oder in Akrotat den Zwist zwischen den zwei großen Nationen des Abendlandes herbeiführte, es sei denn, daß Lord Granville in seinen letzten Beziehungen mit dem Grafen Herbert von Bismarck gelernt hat, wie England gedemüthigt werden muß, um den Zorn und die Eifersucht seiner Nebenbuhler zu entwaffnen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. März. In der gestrigen Generalversammlung der Stettiner Straßenbahn-Gesellschaft wurde der Direktion und dem Aufsichtsrath einstimmig Entlastung erteilt und die Vertheilung von 2 pCt. Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt, deren Auszahlung von heute ab erfolgt. Die nach dem Turnus auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths, die Herren Kommerzienrath Dr. Delbrück und Kaufmann G. Borch, wurden einstimmig wiedergewählt; an Stelle des auf seinen Antrag aus dem Aufsichtsrath ausgeschiedenen Kommerzienraths Schlutow fiel die Wahl auf Herrn Dr. Dohrn. Auf eine Anfrage des Herrn Direktor Lenz, wie es mit dem für die Strecke Dampfschiffsbollwerk-Cap-cheri projektierten Bahnbau sehe, wurde mitgeteilt, daß den vielfach geäußerten Wünschen der Adjazenten jener Strecke Rechnung getragen wäre, die Vorarbeiten seien ziemlich beendet und die Genehmigung der zuständigen Behörden solle eingeholt werden; man rechne auf die Bereitwilligkeit der Interessenten, einen Theil der auszugebenden Aktien al pari zu übernehmen, was Herr Direktor Lenz in Höhe von 40,000 Mark zusagte.

Die am Sonntag im Konzerthaus verwendete Uhr wurde nicht in der parterre belegenen Garderobe, sondern in einem eine Treppe hoch belegenen kleinen Garderobenzimmer gestohlen. Die Verhandlung wider den Lehrer K i e j o w in Wollin vor dem hiesigen Landgericht findet nicht vom 16.—18. d. M., sondern vom 17.—19. statt.

Im Verlage von J. M a u s hiersebst erscheint im nächsten Monat ein „Kaiseralbum“ in Form eines Geschichtsbuches. Dasselbe wird im Format der Gartenlaube herausgegeben und elegant ausgestattet sein, in der Mitte des rothen Kaliko Einbandes ist das Bildniß des Kaisers. Den Inhalt werden zunächst 20 nach Original-Abzügen hergestellte Bilder aus dem Leben des Kaisers bilden, denen als Text ein Proaktwert von Wilh. Jabnte „Wilhelm I.“ beigegeben ist. Ferner wird das Album die Fahrpläne der Eisenbahnen und Schiffe und Raum zum Einlegen einer Zeitschrift enthalten, der übrige Raum ist in Felder eingetheilt, in denen Stettiner Geschäftsannoncen Platz finden werden. Um Letzteren eine möglichst weite Verbreitung zu verschaffen, wird das Album in allen Hotels, Gastwirthschaften zc. Stettins und der Umgegend ausliegen. Sicher wird das Unternehmen Anklang finden und die Theilnahme des Publikums eine rege werden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Don Juan.“

Die Nr. 10 der „Geschiedten Welt“, Zeitschrift für Vogelliebhaber, -Züchter und -Händler, herausgegeben von Dr. Karl Ruff (Berlin, Louis Berschel), enthält: Wieder ein sprechender Kanarienvogel. — Zucht des Karolinastittchs. — Die vierte Ausstellung des Vereins „Dennis“. — IV. Di e Hülfsmittel der Stubenvogelpflege, 1. Abrihtung und -Zucht: a) Futtermittel. — Zur Kanarienvogelzucht: Einrichtung der Hede (Schluß). —

Zur Vogelpflege: Reinigung der Käfige mit übermanganfaurem Kali. — Neue und seltene Erscheinungen des Vogelmarkts. — Aus den Bergen: Köln; Danzig; München; Aischaffenburg; Rlenburg a. W.; Biel; Altenburg i. S.; Freiberg i. S. — Ausstellungen. — Anfragen und Auskunft. — Arzeten.

Volkswirtschaftliches.

Der Entwicklungsgang der Kaiser-Wilhelms-Spende.

Die wirtschaftlich veränderte Gestaltung unseres Volkslebens und die politische Entwicklung der Neuzeit haben auf dem sozialen Gebiete Zustände geschaffen, welche die Nothwendigkeit nach sich ziehen, die Einzelexistenz, mehr wie in früheren Zeiten, nach ihren Hauptrichtungen hin vorsorglich sicher zu stellen. Staatliche Fürsorge und gemeinnützige, auf dem Boden der Freiwilligkeit stehende Einrichtungen zahlreicher Art vereinigen sich deshalb heute, um die sozialen Nothstände zu beseitigen, oder doch wenigstens nach Kräften zu mildern.

Ein Glied in der Kette dieser freiwilligen Einrichtungen ist die unter dem Protektorat des Kronprinzen stehende Stiftung der Kaiser-Wilhelms-Spende. Sie verankert ihr Entstehen bekanntlich einer Sammlung des deutschen Volkes.

Wie alle Anstalten dieser Art nur auf dem Wege der eigenen Erfahrung denjenigen Boden für ihre Entwicklung finden können, so der Eigenthümlichkeit ihres Ursprungs und Wesens entspricht, so hat auch die Kaiser-Wilhelms-Spende naturgemäß diesen Weg erst beschreiten müssen. Wir wollen den seitherigen Entwicklungsgang nur nach zwei Richtungen verfolgen.

Bei der Errichtung der Stiftung im Jahre 1879 gab man derselben den doppelten Zweck: den gering bemittelten Klassen, namentlich dem Arbeiterstande, Gelegenheit zu geben, auf dem Wege der Selbsthilfe die Zeit der Alters durch eine lebenslängliche Rente oder ein Kapital sicher zu stellen, ohne daß jenen gleichzeitig ein Abzug für Verwaltungskosten erwächst, oder daß ein Gewinn für Andere in Abzug kommt; andererseits privaten genossenschaftlichen Alters-Versorgungsanstalten einen entsprechenden Beitrag zu Theil werden zu lassen.

Von dem letztgedachten Zwecke ist bislang nur in sehr geringem Umfange Gebrauch gemacht worden, und wird die Zeit für diesen Theil der Entwicklung voraussichtlich erst kommen, wenn die Frage der Altersversorgung, in erweiterterem Umfange als heute, in den Vordergrund der sozialen Aufgaben getreten sein wird. Hinsichtlich der gedachten Mitglieder zeigte sich aber bald, daß der Beitrittstakt, wie man ihn zu erlangen hoffte, zu eng gezogen war. Wenngleich der Arbeiterstand sich auch betheiligte, so geschah dies doch nur in verhältnißmäßig geringem Umfange. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder, besonders derer, welche die meisten Einlagen machten, gehörte dem eigentlichen Mittelstande an. Da auch dieser, wie überhaupt Jedermann, — bis in die höchsten Stände hinein —, der nicht zu den eigentlichen reichen Leuten gehört, zur Klasse der gering Bemittelten gerechnet werden kann, so gestattete die Verwaltung auch diesen bereitwillig den Eintritt. Dadurch wurde der schon beigetretene Arbeiter keineswegs in Nachtheil, sondern umgekehrt in Vortheil gesetzt, weil die Ueberschüsse mit diesen größeren Einlagen zunahmen, und damit auch den Arbeitern auf dem Wege der Dividende und der besonderen Unterstützung bei vorzeitiger Invaldität noch ein höherer Antheil wird zugewendet werden können, als ihnen sonst zugekommen wäre. Die Praxis hat somit den Schwerpunkt des Mitgliederkreises nach der Richtung des Mittelstandes verschoben, und es wird die Aufgabe der Verwaltung sein, diesem Umstande auch weiter die erforderliche Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen.

Die zweite Richtung betrifft die Zweigorganisation im Reichsgebiete. Bei den nicht überreichen Mitteln der Stiftung und den gering bemessenen Provisionen, welche sie angesichts ihres Zweckes den Agenturen zuwenden konnte, wäre der Weg, von Anfang an private Agenten im Lande heranzuziehen, ein verfehlt gewesen. Die Organisation mußte vielmehr zunächst ohne Aufwand erheblicher Mittel geschaffen werden. Die eigenthümliche, aber zugleich bevorzugte Stellung der Stiftung führte deshalb darauf hin, die Kreis- und Kommunalstellen mit der Annahme von Einlagen zu betrauen. Man erachtete diese Gestaltung indeß von vornherein nur für ein Uebergangsstadium, da vorauszuhehen war, daß die amtlichen Stellen der Regel nach nur eine passive Thätigkeit auszuüben vermöchten. Sie gaben der Stiftung aber doch die dankenswerthe Möglichkeit, schon nach einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum, vor allem aber ohne Kostspieligkeit, die Thätigkeit beginnen zu können. Der naturgemäße weitere Weg dieser Entwicklung führte dahin, in denjenigen Landestheilen, wo für die Stiftung ein günstiger Boden vorhanden war, neben den amtlichen Stellen, auch geeignete Private, welche die gemeinnützigen Bestrebungen der Stiftung zu unterstützen entschlossen waren, als Zahlstellen-Verwalter einzusetzen.

Bermischte Nachrichten.

Der „Dtsch. Heeresztg.“ entnehmen wir das nachstehende, als „Folgen der Uebersehungswuth“ bezeichnete Vorkommniß: „Bekanntlich haben manche Nationen, insbesondere

die Franzosen, die Marier, fremde Eigennamen und Titel auch dann in ihre Sprache zu übernehmen, wenn ein solcher Vorgang keinen Sinn hat. So z. B. werden Zeitungstitel hartnäckig in der Uebersetzung gebraucht. Da wird z. B. von der „Gazette de la Croix“ gesprochen und dem einfachen französischen Leser zugemuthet, zu errathen, daß damit eine deutsche Zeitung gemeint sei, welche den Titel „Kreuzzeitung“ führt. Welche Folgen solche Kächerlichkeiten manchmal haben, zeigt nachstehender Fall: Während unserer Anwesenheit in Portugal lasen wir in einem dortigen Blatte über die deutsche Korvette „São Pedro“. Da es eine solche niemals gegeben hat, waren wir neugierig zu erfahren, welcher deutsche Schiffname in solcher Weise verstimmt worden. Da stellte sich nun Folgendes heraus: Ein französisches Blatt hatte nach der „Gazette de l'armee allemande“ (vulgo „Deutsche Heereszeitung“) über die Korvette „Stein“ eine Notiz wiedergegeben und nach französischer Unsitte den Namen übersezt. Der Uebersetzer ahnte nicht, daß die Korvette nach einem preussischen Minister, Namens „Freiherr von Stein“ benannt sei, und übersezte daher „Stein“ kurzweg mit „Pierre“. In dieser Form wanderte die Notiz in ein spanisches Blatt, welches seinerseits „Pierre“ mit „Pedro“ übersezte. Das portugiesische Blatt nahm die Nachricht aus dem spanischen über und fügte eigenmächtig das „São“ hinzu, vermuthlich an eine Auslassung glaubend. Um gleichzeitig seine deutschen Sprachkenntnisse zu zeigen, gab der Redakteur in der Klammer den deutschen Originalnamen „Heiliger Peter“. Auf diese Weise wurde also der „Freiherr von Stein“ in einen „heiligen Peter“ verwandelt!“

Ehe wir Deutschen soweit kommen, hat es noch gute Wege, denn wir leiden noch immer an dem entgegengesetzten Uebel, deutschen Lesern zuzumuthen, daß sie allerlei Fremdsprachliches verstehen und als selbstverständlich hinnehmen sollen.

Liegnis, 8. März. Das Bitriol- und Revolver-Mittelt, welches die unverblichste sechsundzwanzigjährige Pauline Fischer aus Heidersdorf, Kreis Nymptsch, am 30. November v. J. gegen den Gutbesitzer Karl Gottschling aus den Goldbergern Vorwerken im Eisenbahnen auf der Fahrt zwischen Goldberg und Liegnis verübt hatte, bildete den Gegenstand der Verhandlung in der letzten Sitzung der Schwurgerichtsperiode. Die Fischer, ein eifriges Frauenszimmer, war nicht nur wegen Mordversuches, sondern auch wegen Betruges angeklagt, da sie den G. um beträchtliche Summen durch die falsche Vorspiegelung, sie müßte für ein aus ihrem Verhältniß hervorgegangenes Kind sorgen, geschädigt hatte. Entgegen den Aussagen in der Voruntersuchung bestritt die Angeklagte in der Verhandlung, die Absicht gehabt zu haben, den G. zu tödten; sie habe ihm nur durch das Begießen mit Bitriol einen „Denkzettel“ geben wollen, da er sein Eheversprechen nicht gehalten, sondern sich verlobt habe. Geschossen habe sie nur in der Absicht, ihrer Ehat einen „nobleren Anstrich“ zu geben, und den Revolver nicht gegen G., sondern gegen die Waggondede gerichtet. Gutbesitzer G. giebt zu, gelegentlich Aeußerungen gethan zu haben, nach welchen die Angeklagte annehmen konnte, er werde sie heirathen, ein bestimmtes Versprechen sei jedoch niemals erfolgt. Die Revolvergeschüsse habe die Angeklagte nach Aussage des Angegriffenen direkt gegen seinen Kopf, nicht gegen die Decke gerichtet. Durch die Schüsse ist G. nicht verletzt worden, wohl aber hat ihm das Begießen mit Säure höchst schmerzhaft, bis jetzt noch nicht geheilte Verletzungen, namentlich an dem einen Auge, zugefügt. Die Geschworenen bejahten die Frage wegen versuchten Mordes und vollendeten Betruges und verneinten die Frage wegen Zulassung mildernder Umstände. Die Staatsanwaltschaft beantragte hierauf zehn Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof aber erkannte nur auf sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus, sieben Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit zur Stellung unter Polizeiaufsicht.

(Die beste Raçe.) „Doktor, ich leide schrecklich.“ — „Ach, ich glaube nun einmal an Ihre Schmerzen nicht.“ — „Wissen Sie, Doktor, Sie verdienen, daß ich Ihnen vor der Nase sterbe.“

Verantwortlicher Redakteur W. Siebers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

München, 11. März. Heute Vormittag fand die Eröffnung der vom bairischen Alterthumsverein veranstalteten Ausstellung vorgeschichtlicher Gegenstände statt. Der Eröffnung wohnten der Kultusminister, Vertreter der Behörden und die Spitzen der wissenschaftlichen Korporationen bei.

Madrid 10. März. Die Deputirtenkammer hat den von den Liberalen eingebrachten Antrag, das Truppenkontingent von 70,000 Mann auf 45,000 Mann herabzusetzen, mit 191 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

London, 11. März. Die Königin hat den englischen Delegirten bei der Berliner Kongokonferenz, Meade und Crowe, den Bathorden 3. Klasse verliehen.

Newyork, 10. März. Nach in Washington eingegangenen Nachrichten aus New-Orleans ist in Folge des Vorgehens des Präsidenten Barrios zur Herstellung einer einzigen, aus den Staaten von Zentralamerika bestehenden Republik zwischen Guatemala und Nicaragua eine Kriegserklärung erfolgt; das Vorgehen des Präsidenten Barrios soll namentlich bezwecken, dem Bau des Kanals von Nicaragua Hindernisse zu bereiten.